

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 88, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 88, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Internationale Stützungsaktion.

Gründung eines deutsch-amerikanischen Konsortiums.

Außerordentliches Aufsehen erregte heute an der Berliner Börse eine Meldung, die für die Kapitalbeschaffung der deutschen Industrie im Ausland von symptomatischer Bedeutung ist. Bisher mußten die deutschen Unternehmungen, wenn sie Auslandskapital brauchten, hochverzinsliche Schuldverschreibungen ausgeben, die obendrein starke Sicherungen erforderlich machten. Während im Ausland auf diese Weise große Summen neuen Kapitals ausgenommen wurden, sanken die Börsenkurse deutscher Unternehmungen immer tiefer; die Kapitalbeschaffung durch Aktien wurde so in den weitaus meisten Fällen zur Unmöglichkeit.

An der heutigen Berliner Börse wurde nun bekannt, daß unter dem Namen „Europian Shares Incorporation“ eine Gesellschaft gegründet werden soll, an der hauptsächlich amerikanisches Kapital beteiligt ist, während von deutscher Seite die Bank für Sozialwesen und Nationalbank, Warburg-Hamburg sowie Lewy und endlich Oppenheim jr., die beiden letzteren in Köln, mitwirken. Die deutschen Banken sollen ein Fünftel des Kapitals stellen, während vier Fünftel von den Amerikanern ausgebracht werden. Heber die Höhe des Kapitals ist genauer noch nicht bekannt; vorläufige unkontrollierbare Schätzungen gehen dahin, daß zunächst 5 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die neugegründete Gesellschaft hat nun die Aufgabe, Aktien deutscher Unternehmungen anzukaufen, wenn der Kurs im Verhältnis zur Rentabilität günstig steht. Der deutschen Wirtschaft wird auf

diese Weise ohne den Umweg über kostspielige Anleiheemissionen neues Kapital zugeführt, die ausländische Finanz an dem Stand der deutschen Aktienkurse unmittelbar interessiert, die Kapitalbeschaffung der deutschen Unternehmungen also erleichtert. Man hofft vor allem durch die direkte Beteiligung amerikanischer Kapitalisten an deutschen Unternehmungen die Möglichkeit zu schaffen, daß die vom Ausland herbeikommenden Kapitalien die deutschen Unternehmungen nicht so sehr belasten, wie das bei der Aufnahme von Anleihen der Fall ist. Auf diese Weise erwartet man eine wesentliche Stärkung der Bewegungsfreiheit der deutschen Industrie insbesondere bei der Kapitalbeschaffung.

Die Berliner Börse reagierte auf die sensationelle Meldung mit einer starken Heraushebung der Aktienkurse; auf den meisten Märkten waren, obwohl Kurse des neuen Syndikats noch nicht vorliegen dürften, Kurserhöhungen um 3 bis 5 Prozent keine Seltenheit. Ob sich die Hoffnungen der Spekulation bewahrheiten, muß allerdings solange dahingestellt bleiben, als die letzten Ursachen des Tiefstandes der deutschen Aktienkurse noch bestehen, zu denen insbesondere der immer noch sehr häufige Verzicht auf Dividendenausüttungen und die Mißstände im deutschen Aktienwesen anhalten. Auf längere Zeit hinaus wird jedenfalls das Schicksal der deutschen Aktienkurse bestimmt sein durch die Entwicklung der Wirtschaft, die in der Hauptsache ein Abschlußproblem und eine Frage der Stärkung des inneren Marktes durch Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen ist.

Das neue Hauszinssteuergesetz.

Beratung im Staatsrat und Landtag.

Der Preussische Landtag wird sich in kurzer Zeit mit dem neuen Gebäudeeinkommensteuer-Gesetz befassen. Es handelt sich dabei um die Neuordnung des bestehenden Hauszinssteuergesetzes, um die Ordnung einer steuerlichen Materie von größter Bedeutung. Mit diesem Gesetz ist nicht nur eine sehr erhebliche steuerliche Leistung verbunden, sondern vor allem deshalb, weil die Bestimmungen dieses Steuergesetzes von einer derart einschneidenden sozialpolitischen und allgemein-wirtschaftlichen Auswirkung sein müssen wie bei keinem anderen Steuergesetz. Diese außer gewöhnliche Wichtigkeit der Sache erfordert es, daß vor der Beschlußfassung des Parlaments die öffentliche Erörterung in einem starken Maße einsetzt und daß das Für und Wider der gesetzlichen Bestimmungen auf das eingehendste diskutiert werden.

Der neue Name des Gesetzes ist nicht zufällig gewählt. In ihm kommt der Wille zum Ausdruck, an die Stelle der bisherigen wenig differenzierten Besteuerung aller vor dem 1. Januar 1919 errichteten Gebäude eine nach der früheren hypothekarischen Belastung abgestufte, den durch die Geldentwertung beseitigten dinglichen Schulden angepaßte Form der Besteuerung zu setzen. Das Reichsgesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden hat den Weg gewiesen, den die Landesgesetzgebung gehen muß, aber sie hat die Vorschriften doch so weit gezogen, daß in der Bestimmungen der Landesgesetze in erheblichem Umfang der Willkür der beteiligten Parlamente Rechnung getragen werden kann. So ist gerade bei der Frage, in welchem Umfang der Verschiedenartigkeit der früheren Gebäudebelastung Rechnung getragen werden soll, wie die Steuer zu staffeln ist, ehe sie ihre im Entwurf auf 40 Proz. der Friedensmiete festgesetzte Normalhöhe erreicht, der Landesgesetzgebung eine sehr erhebliche Freiheit gegeben, und es ist für die Beurteilung der Tendenz, von der die Gesetzesentwürfe getragen sind, sehr beachtlich, in welcher Weise von den beteiligten Regierungen diese Möglichkeit der Staffeln ausgenutzt wird. Der preussische Entwurf zeigt eine hausbesitzerfreundliche Tendenz bereits bedenklich genug in der bei ihm vorgesehenen Abstufung der Steuerbefreiung. Während das Reichsgesetz es zuläßt, daß bereits bei einer Belastung des Gebäudes von 30 Proz. des Wertes an die volle Steuer zur Erhebung gelangt, staffelt der Entwurf bis zu 50 Proz. und führt dadurch zu einer erheblichen Verminderung des Steueraufkommens, zu einer sehr beachtenswerten privatwirtschaftlichen Bereicherung der beteiligten Gebäudebesitzer und im Zusammenhang mit dem durch diese Bestimmung bedingten Steuerausfall zu einer wesentlichen Verminderung der für die Förderung des Wohnungsneubaus verfügbaren Mittel.

Das preussische Staatsministerium begründet seine Haltung damit, daß das Wesen des Gebäudeeinkommensteuer-Gesetzes es erfordert, daß dort, wo keine Gewinne durch Hypothekarkapitalvernichtung eingetreten seien, eine ausreichende Steuerherabsetzung zu erfolgen habe. Wenn man auch den Grundgedanken billigen mag, so erscheint es doch bei der gegenwärtigen Situation als nicht unbillig, auch den Gebäudebesitzern, die ein größeres Eigenkapital investiert hatten und sich dieses Vermögen unangefastet durch den Prozeß der Geldentwertung erhalten konnten, mindestens die Steuer in der reichsgesetzlich vorgesehenen Höhe aufzuerlegen.

Für die Beurteilung der Steuer wesentlich aber ist die Frage ihrer Verwendung. Als eine Zwecksteuer — Wohnungsbau — gedacht und ursprünglich propagiert, ist sie in wachsendem Maße bequemes steuerliches Mittel zur Deckung aller Fehlbeträge im öffentlichen Haushalt geworden. Der Reichsfinanzausgleich setzt ihr Aufkommen in beträchtlicher Höhe als Deckung des Steuerbedarfs von Ländern und Gemeinden ein und, nachdem auf der Grundlage dieser Berechnung der gegenwärtig geltende Finanzausgleich vom Reichstag geschaffen worden ist, bleibt der Landesgesetzgebung keine Möglichkeit, auf die Heranziehung eines sehr erheblichen Teiles der Steuer für allgemeine Finanzbedürfnisse zu verzichten. Die reichsgesetzliche Regelung bindet die Länder in dieser Beziehung formell wie materiell.

Erkennt man diese Tatsache aber auch als ein Faktum an, mit dem gerechnet werden muß und dessen Bekämpfung als falsch nicht im Landtag, sondern im Reichstag zu erfolgen hat, so kann man sich doch nicht der Erkenntnis verschließen, daß die vom preussischen Staatsministerium vorgesehene Verteilung zwischen allgemeiner Finanzbedarfsvornahme und Zuführung zum Zwecke des Wohnungsbaues unerträglich genannt werden muß.

Nachdem man das steuerliche Aufkommen durch eine — wie oben dargelegt — zu günstige Staffelnung wesentlich herabgemindert, außerdem durch die Festsetzung eines Steuerfußes von nur 40 Proz. bei 100 Proz. Friedensmiete dem Hausbesitz eine gewaltige Ertrags- und Vermögenserhöhung gesichert und gleichzeitig das finanzielle Ergebnis der Steuer weiter beachtlich vermindert hat, verteilt man die Steuererträge in der Weise, daß das Ministerium selbst in seiner die Vorlage erläuternden Berechnung zugeben muß, daß die für Wohnungsbauzwecke verfügbare zu machenden Summen noch unter dem Beitrag bleiben werden, der 1925 zur Verfügung stand. Es wird also, obwohl den Massen der Mieterkass die in der trübsamen Lage der deutschen Wirtschaft schwer ertragbare Erhöhung des Mietzinses auf 100 Proz. der Friedensmiete zugemutet wird, eine Herabminderung der Be-

Polen und Deutschland.

Eine Unterredung mit Premierminister Strzyński.

R. Bn. Warschau, 6. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Anwesenheit eines „Vorwärts“-Redakteurs in Polen gab auch Anlaß, ihn bei dem Ministerpräsidenten Dr. Alexander Strzyński einzuführen.

Das Präsidium des Ministerrates hat seinen Sitz in der Prachtstraße „Arakauer Vorstadt“, die jetzt vom uralten zum neuereu Warschau führt. Das ehemalige Palais Radziwiłł, von den Russen als Gouverneurpalast benutzt, besteht im Erdgeschoß aus lauter großen, bildergeschmückten Sälen, und in einem empfangend der hochgewachsene Regierungschef in jener lebenswichtigen Art, die zum polnischen Wesen gehört — worin aber das Auftreten der unteren polnischen Verwaltungsglieder gegenüber den nationalen Minderheiten, das ich zu beobachten nicht Gelegenheit habe, nicht inbegriffen sein soll.

Da Strzyński erst vor einigen Wochen in einem Interview für den „Vorwärts“ über Locarno gesprochen hatte, bat ich ihn um eine Stellungnahme zunächst zu der Forderung des Genossen Dr. Diamand auf dem PPS-Kongress, daß Polen mit den Liquidationen aufhören solle. Der Ministerpräsident, der als ehemaliger Oesterreicher sehr gut deutsch spricht, erklärte, es werde eben mit Deutschland aus Polen darüber verhandelt. Der Ministerrat habe diese Frage noch nicht besprochen oder gar schon beschlußmäßig erledigt. Allein, so fügte er mit Erlaubnis zur Veröffentlichung hinzu, die Einstellung der Liquidationen liege in der Richtung seiner Politik und er werde trachten, diese Frage im Zusammenhang mit anderen Problemen so zu regeln.

Was die Resolution des PPS-Kongresses zugunsten der nationalen Selbstverwaltung für die Minderheitsvölker betrifft, so lehnte Strzyński das keineswegs etwa grundsätzlich ab, sondern sagte, es werde wohl noch längere Zeit dauern, bevor die Stimmung in Polen sich so beruhigt haben würde, daß man daran denken könne.

Aus der weiteren Unterhaltung hatte ich den bestimmten Eindruck, daß das — von der „Deutschen Diplomatischen Korrespondenz“ in Erwiderung auf unser Drängen nach schnellerer Arbeit bei den Handelsvertragsverhandlungen als Hauptstichpunkt hingestellte — Zugeständnis des Niederlassungsrechts für deutsche Kaufleute, Industrievertreter usw., von Polen nicht mehr verweigert werden dürfte. Auch aus den Worten des Regierungschefs ging hervor, daß man in Polen meint, die deutsche Verhandlungsabordnung verzögere mit formalen Wandern die sachlichen Verhandlungen, zu denen man tatsächlich überhaupt noch nicht gekommen sei. Anfang November habe Polen eine Liste von Zollpositionen überreicht, die „vordringlich“ seien und über die man sich rasch einigen könnte, aber erst auf den 25. Januar sei die deutsche Antwort (Gegenliste) angefaßt, die zu prüfen die Polen natürlich wieder Zeit haben müßten. . . Wie könne Polen in dieser, für beide krisenbetroffenen Länder „Locarnogeist“ zeigen, wenn die andere Seite augenscheinlich glaube, im Kriegsgeist „durchhalten“ zu müssen, bis der Gegner weiche werde, man aber selbst kaputt sei. Wenn man den wertgeminderten Flotz nicht in Zahlung nehmen wolle, so habe einmal schon Dr. Diamand ein Verrechnungssystem zur Umgehung dieses Risikos empfohlen, dann aber seien mit dem Flotz auch die polnischen Zollsätze gefallen, ermöglichten also die Einfuhr wieder mehr. Solche Fragen, schloß Strzyński, könne man nur mit dem Bleistift, kaufmännisch rechnend lösen, aber nicht mit ungeschlichen und störenden politischen Stimmungen.

Rußland gegen die Abrüstungskonferenz?

Die Worowski-Affäre als Vorwand.

Während der Auswärtige Ausschuss des amerikanischen Senates einmütig sich für die Bewilligung des 50 000-Dollar-Kredites ausgesprochen hat, den Coolidge für die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Genfer Abrüstungsarbeit verlangt, zögert Moskau noch immer, sich für die Teilnahme an dieser Arbeit zu entschließen. In einem Leitartikel begründet die „Ismestija“ noch einmal die Moskauer Bedenken, die sie völlig auf die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjet-Union beziehen.

Die Weigerung der Schweizerischen Regierung, ihr Bedauern über die Ermordung Worowski und ihre Mißbilligung über den Freispruch seines Mörders öffentlich auszusprechen und der Hinterbliebenen Worowski eine Pension auszusprechen, habe die Verhängung des Boykottes seitens der Sowjetregierung zur Folge gehabt. Aus diesem Grunde sei auch die Teilnahme von Sowjetdelegierten an Konferenzen auf Schweizer Boden nicht möglich. Es sei deshalb 1924 die ursprünglich nach der Schweiz einberufene Sitzung der technischen Abrüstungskommission nach Rom verlegt worden und es werde also nur natürlich sein, wenn sich auch diesmal die Sowjetregierung weigerte, Delegierte nach Genf zu entsenden. Auch die Erklärung der Schweizer, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion hätten nichts mit den vom Völkerbund einberufenen Konferenzen zu tun, deren Mitglieder territorialität genießen, könne daran nichts ändern. Die Weigerung der Schweizerischen Regierung, eine Schuld anzuerkennen, beweise, daß Garantien für den Schutz russischer Delegierter nicht gegeben seien.

Während Tschitscherin in Paris durch die „Humanité“ und durch andere Kanäle in Westeuropa das Vertrauen darauf entstehen ließ, die Sowjetunion werde die Konferenzarbeit des Völkerbundes nicht sabotieren, sah die von der Komintern beeinflusste Moskauer Presse und natürlich auch die „Rote Fahne“ die Einladung nach Genf als ein englisches Manöver auf. Chamberlain plane damit die Abrechnung Moskaus zu provozieren und dadurch Rußland in den Augen Europas zu diskreditieren. Die Sowjetunion hat eben — wie das auch lange Nachkriegsjahre für Deutschland der Fall war — die Neigung, sich selbst als den Mittelpunkt der Welt und jeden internationalen Beschluß als im Hinblick auf die Sowjetunion gefaßt, zu betrachten. Immerhin scheint man in Moskau jetzt wenigstens von der Einbildung geheilt zu sein, daß sich hinter einem aus rein technischen Gründen gefaßten Beschluß eine Spitze gegen die Sowjetunion verberge. Man gewinnt aus den Argumentationen der „Ismestija“ den Eindruck, als ob die Sowjetunion nunmehr nur noch beachtliche, aus ihrer Teilnahme an der Genfer Kommissionsarbeit ein diplomatisches Geschäft zu machen. Sie hat bisher dem Völkerbund nicht geantwortet und sucht offenbar die Annahme der Einladung so lange herauszuschieben, bis ihr vermeintlicher Anspruch auf Genugtuung von der Schweizerischen Regierung ganz oder zum Teil befriedigt wird.

Obgleich sich die Sowjetregierung diplomatisch noch keineswegs festgelegt hat, so erwecken doch die Klänge ihrer Presse den berechtigten Verdacht, daß die Sowjetunion planmäßig das internationale Friedenswerk der Abrüstungsvorbereitungen sabotiere. Würde sie wirklich die Teilnahme an den Genfer Beratungen ablehnen, so hätte, um im Jargon der „Roten Fahne“ zu reden, der englische Imperialismus sein Ziel erreicht, die Sowjetunion als Friedensstörer zu demaskieren. Ob das im wohlverstandenen Interesse der Sowjetunion liegt, darf füglich der Beurteilung ihrer Lenker überlassen bleiben. Jedenfalls kann man seit der Niederlage Sinowjews noch immer hoffen, daß die internationale Realpolitik Rußlands stärker als die internationale Phrase des Kommunismus sein wird.

Dem englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abnon, ist die Bürde eines Viscounts beiliegen worden.

träge eintreten, welche dem ureigentlichen Zweck der Steuer, dem Wohnungsbau, dienen sollen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß dies an sich unerträglich ist: sozialpolitisch, weil die ungeheure Not weitest Kreise, die seit Jahren keine eigene Wohnung zu erlangen vermögen, in ihren Auswirkungen auf Moral, Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude zu katastrophalen Erscheinungen, insbesondere in den Großstädten führt und finanzielle Belastungen auf den Etat der Wohlfahrtspflege, Fürsorgeerziehung und der Strafanstalten im Gefolge hat, die andauernd wachsen und schon jetzt nicht mehr ausgeglichen werden können, volkswirtschaftlich, weil bei gestiegenen Kosten des Wohnungsbaues die Zahl der Häuser, welche errichtet werden können, noch tiefer sinken wird als es an sich dem relativen Absinken des verfügbaren Kapitals entspricht. Auf diese Weise wird die in den letzten Jahren erhöhte Produktionskapazität der deutschen Bauindustrie zum Teil leerlaufen, so daß dieser für die gesamte Wirtschaft bedeutsame Teil unserer Erzeugung nicht auf der unter den gegenwärtigen Gesamtverhältnissen möglichen und ökonomisch erwünschten Höhe gehalten werden kann.

An dieser Stelle, der Frage der Verteilung des Einkommens zwischen allgemeinem Etat und Wohnungsbau muß schärfste und entschlossenste Kritik einsetzten, der preussische Finanzminister muß erkennen, daß seine Vorlage in dieser Form verfehlt und für die verantwortungsbewußten Parteien des Landtages unerträglich ist.

Nicht minder sorgfältig aber müssen die Verteilungszahlen geprüft werden, die sich auf das Verhältnis zwischen Land und Gemeinden beziehen. Es geht nicht mehr weiter, daß die bewohnten Städte insbesondere großstädtische Tendenz, von der die bisherigen Verteilungsschlüssel bestimmt waren, auch im neuen Gesetz wieder zum Ausdruck kommt. Die Städte müssen in einem ganz anderen Umfang als bisher und als es der Gesetzentwurf vorsieht, das örtliche Einkommen behalten und sowohl zur Erfüllung ihrer wohlfahrtspflegerischen Aufgaben als auch zur Behebung der bei ihnen besonders gesteigerten Wohnungsnot verwenden dürfen. Die Aufgabe des Stadietages wird es sein, seine diesbezüglichen Abänderungsvorschläge dem Parlament mit eingehender Begründung zu unterbreiten. Die Sozialdemokratische Partei als Vorkämpferin gesunder Lebensbedingungen des Proletariats aber wird dieser in ihrer sozialen Wichtigkeit nicht ernst genug zu nehmenden Frage der Verteilung ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und sich für eine gründliche Neuordnung dieser Materie mit rücksichtsloser Entschiedenheit einsetzen müssen.

Die Große Koalition.

Neue Versuche der Demokraten und des Zentrums.

Die Rede, die Herr Koch auf der Landesversammlung der Demokraten in Stuttgart gehalten hat, zeigt, daß die Demokratische Partei trotz allem bei dem Versuch beharrt, die Große Koalition zustandezubringen. Für das Zentrum tritt ihr heute mit größter Entschiedenheit die „Germania“ bei. Sie verweist darauf, daß sich führende Genossen, wie David und Schmidt, an, für die Koalition ausgesprochen haben, und daß die Berliner Resolution gegen eine starke Minderheit angenommen worden ist. Sie fährt dann fort:

Die Sozialdemokratie steht vor der Notwendigkeit, zwischen zwei Lebens zu wählen: zwischen der (nach aussen) vorübergehenden Diskreditierung der eigenen Partei bei einem Teil ihrer Anhänger und der gefährlichen und in ihren Folgen schwer abzulehrenden Diskreditierung von Republik, Demokratie und Parlament. Sie hat außerdem die Wahl zwischen staatspolitischer und parteipolitischer Taktik, zwischen Einfluß und Einflußlosigkeit.

Für das Zentrum sagt die „Germania“, es sei unmöglich, daß dieses eine Regierung unterfühle, die auf den guten Willen und die Duldung der Deutschnationalen angewiesen sei. Darum könne es in diesem Reichstag für das Zentrum nur eine Parole geben: Große Koalition.

Volkstheater.

„Dem lieben Augustin“ von Dieckenschmidt.

Der geistige Haushalt des Dichters wird allzu billig bestritten. Er borgt sich die Legende vom Wiener Dudenbuchschreiber Augustin. Er sollte von der Pest weggeholt werden, genau so wie die 770 alten Weiber und die Jungfern damals, als die Kreuzritzer die Donaustadt belagerten. Doch der Haldorin schießt mit dem Pestweib einen Pfeil, daß er verschont bleibt, wenn er sich jeglichen Gelüstes im Uebermaß enthält. Das Geld tütenhoch, das kann er im rechten Moment milken, auch das Pöschchen mit den drei Röhrenmägen. Aber die Anemir, die er als erstes Weib im Arm hielt! Als er sie nicht fortgeben will für die Ewigkeit, da reißt es ihn doch zu den Schätzen.

Im Theater werden die Schatten symbolisiert durch die wimmernden Leichen im Orchesterraum. Ist das eigentlich eine fruchtbarere Legende, dieses an Kriegszelt und düsterster Menschenangst geborene Märchen? Immer wieder wird die Bescheidenheit gepriesen, das moralische Köstchen wird immer wieder gepredigt. Es wird höchstens ein bißchen Verkauften unter der Justiztheorie Gottes gestattet. Dieser Gott, der das Pestweib wie etwa den Teufel gemacht hat, ist ein niederträchtiger Gott. Und der Teufel lästert den Ertrag seiner Weite wirtlich mit höllischer Gewissenhaftigkeit ein. Es muß verzichtet werden auf alles, was dem Blut und den Gliedern am wohlsten ist. Man soll eine verdamnte Moral glauben, die nur zu retten ist, wenn der Mensch sich darüber lustig macht. Der liebe Augustin Dieckenschmidt sollte sich ins Häutchen lachen. Er wollte sich ins Häutchen lachen. Er wollte hinweggrüßeln über die Mißere mit seinem berühmten Bantellied:

„Ach, du lieber Augustin, Augustin, Au — — —“
Do wäre Blag für die Elegie, für die Sanftheit auch und für die Satire. Shakespearsche Humore und Hanswursthumore, die ja in Wien behelmetet sind, wo Stranzitz, der Urhanswurf, zur Welt kam, das hätte sicher ein hübsches Gemisch erbracht. Alles das durchdrännt und durchsummt Herrn Dieckenschmidt denn auch. Das Totenräuber-Grauen soll der massiven Größte dienen. Wenn im Sultanzelt der Schmerzbuch des Kalifats über dem schaukelnden Throne wackelt, soll karikierendes Rasputitheater gemacht werden. Aber der durchsummt Dramatiker stinnert nur, er sublimiert seine Persönlichkeit nicht. Das Inventar seiner Dichtung erstreckt nur in Wenigem dem Ingenium, es setzt sich im allgemeinen zusammen aus einer Inventur der gangbarsten Theatereffekte. So, wenn Dieckenschmidt von Rahm und Reston, von dieser sehnüchigen Wiener Musik etwas geerbt hätte! Der Text, den er aus dem Alltag herausholt, ist jedoch ziemlich dünner Text von Schlagworten, keine goldenen Herzensworte, sondern nur Lalmihumor. Es stört eine gewisse Dürftigkeit der Satire, die dazu noch auf Vorbilder zurückgeht. Mit dem Volk hat übrigens diese Literatur nicht viel zu tun, wenn auch „Volkstheater“ über das Stück geschrieben wird. Es ist trotzdem sehr unvolkstümlich, weil es eben gar nicht nato ist.
Eine Art der Aufführung und ein Dudenbuchrequisit, das ständig aus dem Wurfte Augustin ättert, das wäre der richtige Aufführungstil. Herr Schwannede, der Regisseur, fühlte das.

Die „Germania“ schlägt darum vor, der kommende Reichstag solle sich seine Wünsche aus den für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien holen, ohne daß die Fraktionen mit Einzelheiten dreinreden“. Die Fraktionen sollten nur jenen ihrer Mitglieder, die in die Regierung eintreten, „keinen Stein in den Weg legen“. Mit dem Begriff der Fraktionsdisziplin, wie er bei den Sozialdemokraten herrscht, ist dieser Vorschlag nicht vereinbar.

Wie eine Polemik gegen die „Germania“, obwohl ohne Kenntnis ihrer letzten Neuierungen verfaßt, liest sich ein Artikel des Genossen Solimann, der mit folgenden Sätzen schließt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in diesem Monat eine schwere Kervprobe auszuhalten haben. Sie muß fest bleiben. Weber das Diktaturgepenst noch die schwarze Kampfswalze aus Preußen, noch die Versuche einer Personalunion zwischen Reichs- und preussischen Ministern, die — allzu viel der Ehre — beinahe alle Verantwortung der Sozialdemokratie überlassen würde, dürfen uns schrecken oder verstellen. Wir haben unsere sachlichen, eng begrenzten Forderungen, wir brauchen unsere sachlichen und personellen Garantien für eine Regierung von Dauer, die allein dem Reiche helfen kann. Wollen die anderen unser „Ja“, so haben sie uns das zu gemähren, was für Republik und Sozialdemokratie unerlässlich ist, sonst muß es bei dem Spruche der Fraktionsmehrheit bleiben: „Nein!“

Diese Ausführungen entsprechen dem Standpunkt, den die große Mehrheit der Reichstagsfraktion bisher eingenommen hat und der auch hier vertreten worden ist.

Der geschäftsführende Reichstagskanzler Dr. Luther kehrt heute von seinem Weihnachtsturlaub nach Berlin zurück. Man nimmt an, daß die Verhandlungen über die neue Regierung nun rasch zum Abschluß gebracht werden.

Karlsruhe, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine überfüllte Parteiversammlung in Karlsruhe sprach sich am Mittwochabend nach einem Referat Crispians im Gegenstand zu den Ausführungen des Referenten mit großer Mehrheit für den Eintritt in eine Regierung der Großen Koalition aus. (Der Vorgang ist bemerkenswert, weil er bisher ziemlich vereinzelt dasteht. Red. d. „Vorw.“.)

Gedächtnischwache Kronzeugen.

Wandlungen der „Deutschen Zeitung“.

Als die Nachricht von dem beabsichtigten Reineidsverfahren gegen Dr. Luppe bekannt wurde, konnte sich die „Deutsche Zeitung“ nicht genug tun, den bayerischen Justizbehörden zuzuhelfen und den Oberbürgermeister von Nürnberg zu verunglimpfen. Sie nannte Dr. Luppe einen „gedächtnischwachen Kronzeugen der Republik“ und einen „Oberrepublikaner, dessen Stern nun in einem Reineidsverfahren, vielleicht im Zuchthaus zu verfallen droht“. Das Gericht habe im Luppe-Streicher-Prozess eine sehr wohlwollende Haltung gegen Dr. Luppe angenommen, aber nun komme ein anderes Gericht, das darüber zu befinden haben werde, ob Luppe einen Reineid begangen habe. Es sei bezeichnend, daß die republikanische Presse, die schon in der Geßler-Affäre zu Luppe gestanden habe, die „jetzige sehr viel bössere Reineidsgeschichte“ als eine Lappalie bezeichne.

Man sieht, der Jubel des Blattes, das Luppe schon im Zuchthaus sieht, über das Vorgehen der bayerischen Staatsanwaltschaft ist vollkommen.

Aber das alldeutsche Blatt hat Recht. Der Reue von dem Vorgehen gegen Luppe folgt die Kunde von einem bevorstehenden Reineidsverfahren gegen Hitler auf dem Fuße. Und hier liegen die Dinge „sehr viel böser“. Hitler hat im Streicher-Prozess Angaben gemacht, die sich mit dem Ergebnis des großen Hitler-Lubendorff-Prozesses nur sehr schwer zusammenreimen lassen. Ein objektiv durchgeführtes Verfahren gegen Hitler würde Dinge ans Tageslicht bringen, die nicht nur für Bayern interessant wären. Diese Aussicht läßt die „Deutsche Zeitung“ jede Fassung verlieren. Wie Kraut und Rüben geht ihr alles durcheinander. Auf der einen Seite unterstellt sie der Linkspresse, sie fordere

ein Reineidsverfahren gegen Hitler, auf der anderen Seite erkennt sie sich, die auch von WTB. wiedergegebene Meldung über die Einleitung des Verfahrens als ein Vorgehen zur Entlastung Luppes hinzustellen. Aber gleich darauf dokumentiert sie das Vertrauen, das sie zu ihren eigenen Ableugnungen und falschen Behauptungen hat, mit der anglistischen Frage:

„Sollte die bayerische Gerichtsbehörde es nunmehr auch schon so weit gebracht haben, daß sie auf die doch wahrlich alltäglichen Verleumdungen der Linkspresse willig hört?“

Wenn die „Deutsche Zeitung“ vom Mittwoch noch gewußt hätte, was die „Deutsche Zeitung“ vom Dienstag geschrieben hatte, wäre ihr dieser Zweifel an der Objektivität der bayerischen Justiz nicht entschlüpft. Denn wie soll ein Gericht, das auf „wahrlich alltägliche Verleumdungen“ hereinfällt, überhaupt befähigt sein, sein Richteramt auszuüben!

Aber der tiefere Sinn des kläglichen Gejamers ist klar. Man verlangt diktatorisch, daß die Gerichtsbehörden munter im Berleunderumpf der Rechtsprelle herumtrotten und für die strafbaren Handlungen der „zudersüßen Brüderchen“ auf der Rechten taub und blind sind. Wenn es einmal anders kommt, ist die Entrüstung groß.

So wird's gemacht.

Italien, das Vorbild.

Detleff v. Kalben berichtet in Wulkes „Deutschem Tageblatt“ über das Italien Mussolini:

Und er regiert Italien! Das Parlament ist zu einem Schattenbausein verurteilt. Die nicht-faschistischen Abgeordneten werden gelegentlich mit Justizhaken hinausgeworfen und verprügelt, und es ist daher ganz erklärlich, daß auch die deutschen Abgeordneten aus Südtirol hier abfahen gar nichts für ihr Land erreichen können. (Das ist alles, was der östliche Italiener über Südtirol zu sagen hat. Red. d. B.)

Die Dauerwirkung auf das Volk sichert sich Mussolini durch seine Presse. Alle Zeitungen von Bedeutung sind bald mit der feinen Witterung charakterloser Konjunkturpolitik gleich zu ihm übergeschlennelt, teils bedurft es eines sanften Druckes, um sie gefügig zu machen. Das ehemalige Blatt Mussolinis, der sozialistische „Avanti“ wird oft verboten. Die Redaktion des Mailänder Kommunistenblattes „Unita“, wird von Zeit zu Zeit von Faschisten verprügelt, muß also auch sehr vorsichtig sein.

Detleff v. Kalben schließt mit dem Wunsch, daß auch Deutschland bald seinen Mussolini haben möge. Heil!

Neues Verhör Windischgrätz.

Widerprüche mit Radossys Aussagen.

Budapest, 7. Januar. (WTB.) Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Das gestrige Verhör Radossys machte ein neues Verhör des Prinzen Windischgrätz notwendig, da sich verschiedene Widersprüche gezeigt hatten, die zu klären sind. Die Untersuchung richtet sich in erster Linie auf die Feststellung, in welcher Druckerie die falschen Notizen hergestellt worden sind und woher das zur Fälschung verwendete Papier stammt. Auf Grund eines neuen Verhörs von Desider Raba ist die Vernehmung mehrerer Beamten des Kartographischen Instituts angeordnet worden.

Das mittelalterliche Raubritterschloß.

Budapest, 7. Januar. (WTB.) Die Erhebungen im Sárospataker Schloß des Prinzen Windischgrätz, das im Mittelalter bebaut wurde und viel unterirdische Gänge und Kammern aufweist, wurden gestern von 25 Geheimpolizisten und den Ermittlern der französischen Kriminalpolizei begonnen. In Budapest selbst wurden keine neuen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Da gestern infolge des Dreikönigtages in Budapest keine Zeitungen erschienen, wurden verschiedene Gerüchte über angebliche neue Verhaftungen verbreitet, die aber keine Unterlage haben. Die Untersuchung ergab, daß außer ein oder zwei falschen Notizen, die in Budapest ausgegeben wurden, nur im Haag versucht worden ist, Notizen an den Mann zu bringen. Die Gerüchte, es seien falsche Notizen im Betrage von 20 Millionen Franc im Verkehr, sind daher unrichtig.

Er einigte sich denn auch mit Herrn Grönach, dem Augustin, der selten ins Bathische überschnappte und so in Einsicht und Gottvertrauen vieles von der gefälschten Lebens- und Lebensströmigkeit des Dudenbuchschreibers wahr machte. Nur der Dialekt, das verführerische Wienerisch, schloß ihm. Es schloß auch den meisten Schauspielern, und vieles wäre der Traumwelt näher gekommen, wenn die Komödianten ihr Barock mit dem lodenden Dialekt beneidelt hätten. Das Wort der verpielten Melancholie, das gelegentlich Frau Grete Böck und immer Herr Reuh trofen, gehört eben zu einem Wiener Volksstück. Alles scheint lahm und taub, wenn es anders klingt. Symbolisches Festweib war Fräulein Koloff, das stets überhäufelt wird von der Komödiantenbrunft in ihrer Brust. So klingt oft monoton in ihr und aus ihr zu gewolltem. Die Totengräberhumore, Shakespears in Kleinmünze, wirkten am stärksten. Wie denn überhaupt manche Episoden wohl gelangen, wie denn überhaupt die vom Kapellmeister Zeller um das Augustinlied geschmückte Russik manches in eine erbauliche Sphäre des Märchens emporhob. Max Hochdorf.

Zur Relativitätstheorie.

Aus Amerika kommt die Russischen erregende Kunde, daß die Grundlage der Einsteinschen Relativitätstheorie erschüttert sei. Sie beruht letzten Endes, wie alle physikalischen Theorien, auf Erfahrung. Ihre experimentelle Grundlage ist der berühmte Versuch von Michelson, aus dem Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, der den Einfluß, den die Erdbewegung auf die Lichtfortpflanzung nach unseren früheren Vorstellungen haben muß, feststellen wollte, aber damit endete, daß ein solcher Einfluß nicht feststellbar ist. Viele Versuche und Wiederholungen der Michelsonschen Experimente führten immer zu demselben Ergebnis, so daß sich die Erberzeugung Bahn brach: „Ein Einfluß der Erdbewegung auf die Lichtfortpflanzung besteht nicht“. Auf dieser Grundlage baute Einstein eine berühmt gewordene Theorie auf, die an unser Denken und Vorstellen freilich ganz ungewöhnliche Anforderungen stellt — sollen wir doch annehmen, daß der Zeitablauf nicht etwas Absolutes ist, sondern von der Bewegung abhängt, daß die Zeit bei rascher Bewegung eines Körpers langsamer vergeht als bei Ruhe.

Nun hat ein gewisser Miller, Vorsitzender der Amerikanischen Physikalischen Gesellschaft, vor wenigen Monaten den Michelsonschen Versuch in einer Höhe von 2000 Meter über dem Meeresspiegel wiederholt, und glaubt im Gegenstoß zu Michelson in solcher Höhe den Einfluß der Erdbewegung auf die Lichtfortpflanzung nachgewiesen zu haben. Er will aus seinen Versuchen schließen, daß die Erde und das ganze Sonnensystem sich mit einer Geschwindigkeit von 195 Meilen in der Sekunde durch den Äther bewegen, daß dies also die Geschwindigkeit der absoluten Bewegung der Erde ist.

Da der Michelsonsche Versuch im Laufe der seither verfloßenen 45 Jahre wohl an die 100 Mal immer mit demselben Ergebnis wiederholt worden ist, steht man in Hochrufen dem Millerischen Ergebnis sehr mißtraulich gegenüber. Prof. Weber in Leipzig weist darauf hin, daß Millers Messungen mit den gesicherten astronomischen Kenntnissen über die Bewegung der Erde nicht in Einklang zu bringen seien. Prof. Tomalchev aus Heidelberg hat den andern in der Physik gebräuchlichen Weg der Kritik eingeschlagen, er hat die Versuche in großer Höhe, nämlich auf dem Jungfraujoch, also in

3550 Meter Meereshöhe, wiederholt und mit demselben Ergebnis wie alle früheren Forscher, d. h. einem Nullresultat entgegengelegten Ergebnis. Vorläufig bleibt es also noch bei der Relativitätstheorie. Bl.

Cerne per Radio! Das Radio entwickelt sich mit erschreckender Geschwindigkeit: Dem organisierten Unterhaltungsrundfunk wird der Fernfunk, der pädagogische Rundfunk, nunmehr folgen. Heute mittag punkt 12 Uhr wurde auf der Welle 1300 ab Königsmusterhausen der pädagogische Rundfunk offiziell eröffnet. Die erste Ansprache hielt der Kultusminister Dr. Becker, der darauf hinwies, daß der Hörsaal des Rundfunks keine Grenzen kenne, was besonders auch insofern erfreulich sei, als der Gedanke der Volkshochschule allen zugute käme, auch den Deutschen jenseits der Landesgrenzen. — Staatssekretär Dr. Bredow sprach darüber, daß die geplanten Vorträge, die sich vorerst noch nicht an die Jugend wenden, vor allem die Aufgabe erfüllen sollen, verjüngte Kenntnisse aufzuräumen und Bildungslücken auszufüllen. Diese Vorträge sollen täglich, und zwar nachmittags von 3—5 Uhr, im Rahmen des allgemeinen Programms gehalten werden. Außerdem sind Vortragszyklen spezieller Natur, d. h. für einzelne Berufsinteressen in Aussicht genommen. Als letzter Redner sprach der Leiter des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Geh. Oberregierungsrat Dr. Ballat. Er begründete im einzelnen, weshalb gerade das Zentralinstitut, das im Laufe seiner elfjährigen Tätigkeit sich zu einer pädagogischen Zentralorganisation ausgebildet habe, die Leitung und Durchführung des pädagogischen Rundfunks übernehmen hat. Das Institut plant die rein empfangende Tätigkeit der Hörer durch vorbereitende und ergänzende Artikel in der Zeitschrift „Z 1“ zu vertiefen. Garantien für einwandfreie und wertvolle Darbietungen sind dadurch gegeben, daß sämtliche Vorträge folgen zunächst den Unterrichtsverwaltungen der einzelnen Länder vorgelegt werden. Die zu behandelnden Themen erstrecken sich nicht nur auf das sogenannte Schulwissen, sondern sie werden auch die theoretischen Interessen von Handel, Gewerbe usw. einbeziehen. Außerdem werden Kurse in neun Fremdsprachen veranstaltet. Für die Jugend geeignete Darbietungen sollen später folgen, nachdem durch Lehrer- und Elternkreise, die sämtlich um kritische und anregende Mitarbeit gebeten werden, wertvolle Anregungen gegeben werden können.

Zunächst sollen die Alten lernen. Und sie werden es mit Begeisterung tun. Hoffentlich bleiben ihnen Enttäuschungen erspart. ergo.

Morgenfeier in der Komödie. In der am Sonntag, den 17. Januar, vorm. 11^{1/2} Uhr, in der Komödie stattfindenden Morgenfeier für Herrn T. Wegner wird nach dem Dichter, der auf eigenen Beinen vorgetragen wird, Otto Stranzoff einleitende Worte brechen und ein hübsches Puppenstück „Balli und Uchi“ oder „Die Frau mit den drei Ehemännern“ von H. Wegner und J. J. Sandau, von Paul Bild inszeniert, zur Aufführung gelangen.

Das heilige 3-er in 3-er. Die Krone der Hallenschen Wägen betrug 800 000. Deutschland hat 110 000, Spanien 11 400 und Frankreich 11 858. Der Papst verteilte 800 000 Rebalien, die an das Heilige 3-er erinnern. Die Rebalien betragen sich in Werte von 10 Lire bis hinauf zu 10 Millionen Lire, die ein Amerikaner brachte. Der Papst hielt 1080 Redigten, wozu die längste 200 und die längste 2000 Worte umfaßte. Die Gesamtsumme der eingegangenen Beiträge wird mit 1 Million engl. Pfund angegeben.

Man prügelt in Treptow!

APD.-Helden schlagen einen Arbeitervertreter nieder!

Auf den Bezirksverordneten Genossen Lempert ist gestern im Anschluß an die Bezirksverordnetenversammlung in Treptow ein Ueberfall verübt worden, dessen Urheber Tribünenbesucher waren, die von den Kommunisten zum Zwecke der Demonstration für ihre Erwerbslosenentwürfe hinfestgestellt wurden. Die Kommunisten waren schon in der vorherigen Bezirksversammlung mit einem ganzen Bündel der verschiedensten Unterstützungsanträge amarschirt. Nachdem diese Anträge in dem dafür bestimmten Ausschuß verhandelt worden waren, wobei die kommunistischen Vertreter mit den Ausführungen und den Vorschlägen der sozialdemokratischen Stadträte vollkommen einverstanden waren, wurden auch die Ausschüßanträge

mit den Stimmen der Kommunisten

in der Plenarversammlung angenommen. Auch in der gestern abgehaltenen Bezirksversammlung kam die kommunistische Fraktion wiederum mit einer großen Anzahl von Anträgen, die sich auf die Erwerbslosen bezogen. Angeblich waren die Forderungen in einer Erwerbslosenversammlung am Morgen des gestrigen Tages beschloffen worden und die Kommunisten hätten sie sich zu eigen gemacht. Unter den Anträgen befand sich u. a. die Forderung auf Anerkennung der Erwerbslosenräte. Da die Anträge und Forderungen die Kompetenzen des Bezirksarbeitsamtes in jeder Hinsicht überstiegen, wurde schließlich der Antrag gestellt, die Angelegenheit an den Rechnungsausschuß zu überweisen. Das war das Signal für die auf die Tribünen hinbeorderten Erwerbslosen zu einem

fürchterlichen Spektakel.

Als sich trotz mehrmaliger gütlicher Verwarnung der Tumult nicht legte, schloß der Vorsteher, Genosse Strieder, die Sitzung, indem er seinen Platz verließ. Beim Verlassen des Bezirksamtgebäudes wurden die Genossen unserer Fraktion durch die Tribünenbesucher, die sich unter sie mischten, in der unschuldigen Weise beschimpft und angetroffen. Ausdrücke wie: Stroiche, Lumpen, Arbeiterverräter und ähnliche flogen unsern Bezirksverordneten an den Kopf. Merkwürdigerweise richteten sich die Angriffe lediglich gegen die Sozialdemokraten. Alle anderen Bezirksverordneten blieben unbehelligt. Unsere Genossen strebten langsam dem Ausgange zu, ohne sich um die Anrempelungen zu kümmern. Kurz vor dem Ausgang erhielten die

Genossen Lempert und Behner unter allerlei Drohungen Stöße in den Rücken. Die beiden Genossen demühten sich, ungeachtet der Beleidigungen, die Erwerbslosen zu beruhigen und ihnen den Sachverhalt klarzulegen. Es mußte aber bei den Aufgehetzen nichts. Auf der Straße kam es dann zu neuen Angriffen, wobei der

Genosse Lempert niedergeschlagen

wurde. Er erhielt Faustschläge ins Gesicht und auf den Kopf, so daß er rücklings auf das Pflaster schlug. Damit schienen die Angreifer ihre Aufgabe erfüllt zu sehen. Das schleunigst herbeigerufene Ueberfallkommando konnte zwar noch einige der Beteiligten festnehmen, ob es aber die Haupttäter sind, bleibt dahingestellt. Bemerkenswert ist, daß sich die Kommunisten und ihr Anhang gerade den Genossen Lempert ausgesucht haben. Es scheint das der etwas sonderbare Dank für die fortgesetzten Bemühungen Lemperts um die Erwerbslosen zu sein.

Unsere parteigenösslichen Bezirksverordneten sorgten für die Ueberführung des Genossen Lempert nach der Rettungstelle; nach aufgenommenem Befund wurde er mit einem Krankenwagen nach seiner Wohnung geschafft. Der Ueberfall hat ein stark verschmolzenes Gesicht und Magie heute morgen über heftige Schmerzen besonders am Hinterkopf, die wohl durch starken Aufprall auf das Straßenpflaster verursacht sind. Durch den Ueberfall wird Genosse Lempert vorerst in seiner Tätigkeit für die Partei und das Reichsbanner behindert sein. Hoffentlich hat der Ueberfall keine ernstlichen Folgen.

Das also ist die richtige Methode, den Arbeitslosen zu helfen! Man hegt sie gegen diejenigen, die ihnen, soweit das nur irgend in ihren Kräften steht, Hilfe bringen wollen! Unwissende Menschen, die sich einreden lassen, die Sozialdemokraten seien ihre Feinde, und die bereit sind, auf Befehl Arbeitervertreter niederzuschlagen, wird man ja immer finden! Nur in einem täuschen sich die kommunistischen Urheber solcher Schändlichkeiten. Sie schädigen und schänden nicht nur die Arbeiterbewegung — das würde ihnen verdammt gleichgültig sein —, sie schaden damit auch ihrer eigenen Sache. Jeder anständig denkende Arbeiter, jeder anständig denkende Erwerbslose wird sich mit Verachtung von der Prügelpartei Moskows abwenden.

Fälschung auffällig. Vor Annahme dieser Fälschung wird gewarnt. Für die Rückzahlung von Fälschungserwerbstiteln zahlt die Reichsbank Belohnungen.

Folgenschwerer Fuhrwerkzusammenstoß.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern abend gegen 6 Uhr auf der Treptower Chaussee in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Treptow. Aus bisher noch unbekannter Ursache fuhr ein Straßenbahnzug der Linie 87 auf einen Lastkraftwagen mit Anhänger der Firma Kohlenläuwerke Johannisthal mit solcher Wucht auf, daß der Vorderperren des Straßenbahnwagens völlig eingedrückt wurde. Wie durch ein Wunder blieb der Fuhrer unverletzt. Dagegen wurde der Mitfahrer des Lastwagenanhängers, Gustav Kimpke, auf die Straße geschleudert. Mit schweren Beinverletzungen und mehreren Brüchen wurde er in das Krankenhaus Am Urban transportiert. Zu allem Unglück geriet der Kraftwagen noch durch Entzündung des Benzinbehälters in Brand. Die inzwischen alarmierte Feuerwehr hatte beinahe eine halbe Stunde mit dem Abbläsen zu tun.

Dachstuhlbrand in Charlottenburg.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte die Berliner Feuerwehr am Donnerstag früh in der Holtenauerstraße 17, Ecke Leonhardstraße, in Charlottenburg längere Zeit unter der Leitung des Baurats Scheide. Das Feuer wurde erst um 5 Uhr von Hausbesohnern und Straßenpassanten bemerkt, als die Flammen schon hell aus dem Dache des Vorderhauses emporloderten. Die Feuerwehr erschien auf mehrmaligen Alarm mit zwei Löschzügen und löschte den ausgebreiteten Brand mit drei Schlauchleitungen. Ob Brandstiftung vorliegt, war nicht mehr festzustellen. Der Schaden ist sehr erheblich.

Heil, Hitler, Heil!

Hitler-Adolf hat aus Gram über seine Misere die Balance verloren. Erst muß er Weihnachtsbescherungen schnorren gehen, da sich für seine „völligen“ Schreibkrämpfe keine Bescher finden. Rummel singt er sich an. Im Blatt des Hakenkreuzes, dem „Völkischen Beobachter“, spricht sich Hitler unumwunden seine eigene Empathie in Berlin aus. Die Hymne auf den Bürgerbräupulschützen ist nicht schon, jedoch knorrig wie eine bajorische Eiche. Einige delikate Rostproben:

Heil unserm Hitler, Heil, lang Leben sei sein Teil,
In Not und Sturmgebräus halt' Hillers Strohtrupp aus.
Das Leben weihen wir, Heil Deutschland, Dir!
Des Hakenkreuzes Zier sei unser Schlachtpanier,
Auf weihem Untergrund halt' das Volk gesund (!),
Der Schwur, den wir getan, uns allen schwebt voran, (!)
Und rufen: (?) Hitler, Heil! Heil, Hitler, Heil!
Bei solvel Gebelle muß eigentlich die bankrotte Firma aus dem Todesklapf erstehen.

Landgerichtsdirektor Schwartze teilt mit, daß die Nachricht, er sei vom Kammergerichtspräsidenten auf Grund eines seit längerer Zeit schwebenden Disziplinarverfahrens suspendiert worden, unrichtig sei. Richtig sei lediglich, daß Anfang Dezember ein Verfahren gegen ihn geschwebt habe. Das Verfahren sei angestrengt worden, weil der Verdacht bestanden habe, daß er an dem Ankauf eines Gainsborough-Bildes durch den ehemaligen Reichsbank-Oberinspektor Arnold beteiligt gewesen sei. Irgendeine finanzielle Entschädigung habe Landgerichtsdirektor Schwartze für diese Verkaufsermittlung nicht erhalten und es sei auch nicht richtig, daß, wie Arnold später behauptete, Landgerichtsdirektor Schwartze beim Weiterverkauf des Bildes finanziell beteiligt werden sollte. Zeugen für die Unrichtigkeit dieser Behauptung habe Landgerichtsdirektor Schwartze den in Frage kommenden Behörden bereits genannt.

Desinfektion in dringenden Fällen. Zur Beschleunigung der Ausfuhr von Desinfektionen in dringenden Fällen empfiehlt es sich, sie bei der Charlottenburger städtischen Desinfektionsanstalt, Rossmühlstraße 2 (Am Wilhelm 427) unmittelbar zu beantragen, ohne die polizeiliche Anzeige bei dieser abzuwarten. Im Interesse der Angehörigen des Kranken oder des Toten wird dadurch viel an Zeit gespart.

„Die Jüdin“ im Rundfunk. Der Rundfunk muß aus der „großen“ Oper eine „kleinere“ Oper machen; er sollte aber in einigen einflussreichen Worten oder wenigstens in seiner Funktion darauf hinweisen, um nicht einer großen Zahl von Hörern ein ganz falsches Bild der musikalischen Bühnenwerke einzelner Epochen zu übermitteln. Doch, von dieser Einschränkung abgesehen, kann man dem Rundfunk zu der Uebertragung von Händels „Jüdin“ Glück wünschen. Mit sicherem Verständnis für die Eigenart des Mikrophons redigierte man nach Möglichkeit die Ensemblestellen, ließ dafür Arien ungekürzt, soweit es bei einer Spielzeit von wenig mehr

als zwei Stunden anging. Das Orchester, dessen Uebertragung ja längst zufriedenstellend gellingt, leitete Selmar Meyrowitz mit seinem Gefühl für die klangvolle Pathos des Werkes. Als Jüdin hatte man sich die schöne Stimme der Marie Hussa-Groce verschrieben, die Prinzessin Eudore sang Violetta Schadow gut. Auch der Hofkapellmeister als Kardinal und die Tendenz des Fürsten Leopold und des Juden Eleazar, die Maximilian Willimsky und Eugen Transky vertraten, wirkten bei richtiger Stellung zur Rembrandt. Der Chor der Funktionäre, trotz seiner schwierigen Aufgabe in Opernaufführungen oft gelobt, verlagte diesmal mehrfach, klang verzerrt und zu teile. Hatte man ihn anders gruppiert als sonst?

Der Disziplinierungsrat der Parteifunktionäre (Kontrollrat) hat nicht der Genosse Bernes-Steglich, sondern Genosse Paul Herms, 3. Abteilung.

Nach 22 Jahren zum Tode verurteilt.

In Kischaffenburg ist vor wenigen Tagen der 58jährige Regger Bruno Umhöfer zum Tode verurteilt worden. Im Jahre 1905, also vor 20 Jahren, wurde laut Gerichtsbeschluss das gegen ihn schwebende Verfahren eingestellt. Es konnte ihm damals nicht nachgewiesen werden, daß er die 24jährige Telefonistin Josephine Haas, die am 21. Juni 1903 tot aufgefunden wurde, ermordet habe. Das junge Mädchen, das erst vor einigen Tagen in Kischaffenburg angekommen war, hatte einen Spaziergang auf den Büchelberg unternommen und war abends nicht wieder nach Hause zurückgekehrt. Man fand ihre Leiche ersticklich zugerichtet. Uhr und Portemonnaie fehlten.

Unter den vielen in der Sache Verdächtigten und Verhafteten befand sich auch der Regger Bruno Umhöfer. Gegen ihn schien der Umstand zu sprechen, daß er einen Monat später einen Anzug zum Reinigen gegeben hatte. Der Färber Müller sagte aber aus, daß der Anzug nur Fettflecken aufgewiesen habe. So wurde das Verfahren gegen Umhöfer eingestellt. Im Frühjahr vorigen Jahres, kurz vor der Verjährung — es waren ja bald 20 Jahre ins Land gegangen, seitdem das Verfahren gegen Umhöfer eingestellt worden war — nahm die Polizei die Sache nochmals auf, lud den unter 20 Jahre älter gewordenen Färber Müller wieder vor und... erbielt nun von ihm, wohl zur eigenen Verwunderung, zur Antwort, er habe damals die Unwahrheit gesagt; der Anzug Umhöfers sei von unten bis oben voller Blauspitzer gewesen. Auch Frauenhaar habe daran gefest. Er habe es damals verheimlicht, weil er „seinem Meister nicht vorgreifen wollte“. Anklage wurde erhoben und Umhöfer zum Tode verurteilt. Zusammen mit der abgeänderten Aussage des Färbers schien die Beweislage geschlossen. Des Angeklagten letzte Worte waren: „Gott sei Dank, ich weiß nichts davon.“

Der Fall steht wohl einzig da. Er verdient eine kurze Würdigung. Der Beiseher bestimmt, daß ein Verbrechen, das mit Todesstrafe oder lebenslänglichem Zuchthaus bedroht wird, in 20 Jahren für verjährt zu betrachten sei. Mehr noch: selbst die Vollstreckung einer rechtskräftig erkannten Strafe verjährt in 30 Jahren. Seit der Ermordung der Haas waren 22 Jahre verstrichen. Wollte die Behörde sich mit der Tatsache des eingestellten Verfahrens nicht zufrieden geben, weshalb hat sie nicht fünf oder zehn Jahre nach dem Ereignis die Nachforschungen von neuem aufgenommen? Es hieße, dem Geiste des Verjährungsgesetzes und allen Erfahrungen der Auslegungsindeologie im Gesicht schlagen, sollte es Brauch werden, die Nachforschungen erst kurz vor der Verjährung eines Verbrechens wieder aufzunehmen und eventuell gegen den Verdächtigten auf Grund der nach 20 Jahren willkürlich abgeänderten Aussage Anklage zu erheben. Das Gedächtnis ist keine Stahlammer, in der die Dinge wohlgeordnet ein für allemal aufgestellt liegen. Hat der zum Tode verurteilte vor, durfte nach 17 Jahren in die Freiheit zurückkehren. Umhöfer wird 22 Jahre nach der Tat zum Tode verurteilt. Wäre damals das Verfahren nicht eingestellt und eine Verurteilung ausgesprochen worden, so hätte er auch jetzt das Gefängnis schon längst verlassen. Daß selbst der Staatsanwalt seiner Sache wenig sicher war, erhellt allein schon daraus, daß er entgegen seiner ganzen Argumentation die Möglichkeit eines Totschlags zuließ und deshalb mit Zuchthausstrafe sich begnügen wollte. Des Gerichts aber forscht kaum nach dem Grunde der plötzlichen Änderung der Zeugnisaussage. Er schraf auch nicht zurück vor der Möglichkeit eines Justizmordes.

Die Todesstrafe wird natürlich nicht vollstreckt werden, das Urteil bleibt dessen ungeachtet nicht weniger ungeheuerlich. Die Staatsanwaltschaft, die neuerdings so sehr mit Argusaugen über die Reinheit der Zeugnisaussagen wacht, daß sie bei jedem auch noch so entschuldigen Irrtum in der Aussage Anklage wegen Meineids erhebt, hat sich in diesem Falle nicht geschaut, die Beeidigung des Zeugen zuzulassen. Es ist zu wünschen, daß die Verteidigung den Kampf nicht allein um Umhöfer willen weiterführt und alle Instanzen in Bewegung setzt. Das Urteil ist und bleibt ungeheuerlich, selbst wenn Umhöfer restlos begnadigt werden sollte.

Zusammenstoß in der Pariser Untergrundbahn.

Am Mittwoch abend ist ein Zug der Pariser Untergrundbahn auf einen anderen in einer Station befindlichen Zug aufgefahren. 28 Personen wurden leicht verletzt. Zwei Personen wurden schwer verletzt. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß der Strom plötzlich verlagte, wodurch ein Zug, der nach seiner Station zurückfahren wollte, auf dem ihm folgenden Zug stieß.

Weitere Ueberflutungen in Frankreich.

Infolge weiteren Anstiegs der Seine wurde der Bahnhof Paris-Invalides heute früh geschlossen. Die Seine und ihre Nebenflüsse sind heute wieder beträchtlich gestiegen. In der Pariser Banneville sind weitere Ortschaften überschwemmt worden. In der Dife ist die Situation besonders kritisch geworden. Ein Teil der Stadt Creil ist vollständig unter Wasser. Die Wasserwerke mußten den Dienst einstellen. Die Bevölkerung wird durch Boote mit Lebensmitteln und Brennmaterial versorgt. Da die Brotversorgung infolge der Schließung der Bäckereien Schwierigkeiten macht, muß Creil von anderen Städten versorgt werden.

Eine Hausangestellte von einem Völkischen erschossen. Der 20 Jahre alte Dienstmädchen Friedrich Schiele aus Regwitz im Leipziger Bezirk erschoss seine Freundin, die Hausangestellte Hedwig Bräutigam. Der Täter ist Mitglied des Völkischen. Er will die Tat nicht mit Absicht begangen haben und führt den tödlichen Schuß auf ein Versehen der Eiderung zurück. Der völkische Schiele muß sich inzwischen dem Gericht übergeben werden.

Bier kinder verbrannt. Vier Kinder einer Familie sind in Pilsen (Ontario) verbrannt. Der Brand ist auf das Umfallen einer Petroleumlampe zurückzuführen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungmännliche Gruppe Kewlow: Heute, Donnerstag, um 7 Uhr im Juarenheim Kewlow, 3. Politisch-sozialer Abend. Referent: Robert Keller.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

79. Wkt. Schwanberg. Am 3. Januar verstarb unter seit Schrammten erworbenen Genosse Georg Wiltner. Einbürgerung am 1. Januar, 1887. Nachlass 4 1/2 Uhr. In der Anatomie Wiltnerstr. 10. Am 3. Januar des Jahres 1905 erwarb er mit schließliche Betätigung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Der Männerchor Ob-Spreewald 1849, Miel, 3. DIST., veranstaltet am Sonntag, 9. Januar, 8 Uhr, in der Stadthalle am Märchenbrunnen am Friedrichshagen, einen großen Winter-Rasensport mit Ueberforderungen und Gefangensproben. Eintritt 1.20 M. an der Abendkasse.

